

für Rheinland-Pfalz im Bundestag

**Rechenschaftsbericht von Josef Winkler
für April – Oktober 2008**





Bad Ems, im November 2008

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie gewohnt informiere ich Euch auf der LDV mit einem Bericht über meine Arbeit im Bundestag, im Landesverband und in den Orts- und Kreisverbänden.

Dieser Bericht umfaßt den Zeitraum seit der letzten Landesdelegiertenversammlung, die am 5. April 2008 in Lahnstein stattfand. Obwohl der Bericht im Grundsatz alle meine Arbeitsbereiche vorstellt, kann er selbstverständlich nicht vollständig sein. Daher verweise ich Euch zusätzlich auf meine Internetseite www.josef-winkler.de, über die Ihr aktuelle und ausführliche Informationen über meine Arbeit erhaltet.

Wie viele von Euch wissen, erstelle ich in einem etwa monatlichen Rhythmus einen Newsletter, der ebenfalls über meine Arbeit informiert. Solltet Ihr diesen noch nicht erhalten, dann schickt bitte eine kurze Nachricht an die E-Mail-Adresse josef.winkler@wk.bundestag.de.

Selbstverständlich stehe ich Euch im Laufe der kommenden zwei Tage persönlich zur Verfügung, um Eure Rückfragen, Rückmeldungen, aber auch Anregungen zu erfahren. Sprecht mich einfach auf dem Parteitag an, ich freue mich bereits sehr auf die Gespräche mit Euch.

Herzliche Grüße

Josef Winkler

aktuell: unser Parteitag

Für die Medien stehen natürlich wie üblich die Personalentscheidungen im Vordergrund dieses Parteitages. Aber es ist auch nicht zu leugnen, daß für uns als Landespartei diese Wahlen von besonderer Bedeutung sind, da der dann gewählte Landesvorstand und Landesparteirat die Weichen für die kommenden vier wichtigen Wahlen stellen wird.

Auch wenn die Landtagswahl, die im Frühjahr 2011 stattfinden wird, noch weit entfernt scheint, werden bereits die nächsten Monate mitentscheiden, wie unsere Chancen als Grüne in RLP sind. Sowohl die Landtags- als auch die Bundestagswahl können wir in Rheinland-Pfalz nur dann erfolgreich meistern, wenn wir in der Breite, also in den Kommunen gut aufgestellt sind.

Unzählige Male habe ich genauso wie andere festgestellt, daß der Zugang zu den Landesmedien ohne Landtagsfraktion sehr schwierig ist, und deswegen müssen wir mehr als früher vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern unsere politischen Konzepte vorstellen und um Unterstützung für sie werben. Daher gilt es, spätestens jetzt durchzustarten für eine erfolgreiche Kommunalwahl im Juni 2009. Ich erneuere mein Angebot, Euch auch in den kommenden Monaten im Hinblick auf die Kommunalwahl zu unterstützen.

Wer die vorliegenden Anträge für den Landesparteitag schon gelesen hat, kann sich davon überzeugen, daß wir mit den Themen Energie und BürgerInnenrechte hochaktuelle Themen aufgreifen, in denen uns von der Öffentlichkeit zu Recht eine hohe Kompetenz zugeschrieben wird.

Alle Anträge zur Energiepolitik dokumentieren unseren festen Willen, auch in Rheinland-Pfalz eine neue Energiepolitik umzusetzen, durch die wir den Anforderungen des Klimawandels gerecht werden. Unverantwortlich handelt, wer meint, dem Klimawandel durch Atomenergie beikommen zu wollen. Wir bleiben dabei: „Atomenergie ist keine Lösung!“

Auch das zweite Thema dieser LDV ist hoch aktuell und urgrün. Denn die Wahrung der Bürgerrechte steht im Zentrum grüner Politik. Sicherheit ist zwar eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freizügige Gesellschaft. Die Schaffung von Sicherheit durch den quasi unbeschränkten Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten lehnen wir aber ab. Für uns bedeutet innere Sicherheit, Menschenleben zu schützen und dabei die Grund- und Bürgerrechte zu bewahren und in einen schonenden Ausgleich zu bringen.

Ich hoffe, daß wir einen erfolgreichen Parteitag haben und uns gut positionieren für das Superwahljahr 2009 und das Wahljahr 2011 – inhaltlich und personell.

im Fokus: Kommunalwahl 2009

Seit der letzten Kommunalwahl hat sich die Lage bei uns rheinland-pfälzischen Grünen fundamental verändert. Bei der Kommunalwahl 2004 haben wir mit einem Wahlergebnis bei Kreistagswahlen und bei den Wahlen zu den kreisfreien Städten von 7,1% unser drittbestes Kommunalwahlergebnis überhaupt erzielt. Bei der folgenden Bundestagswahl 2005 konnten wir in Rheinland-Pfalz dieses Ergebnis sogar auf 7,3 % steigern. Auch wenn die Ernüchterung nach der Landtagswahl 2006 groß war, sind wir alles andere als komplett von der Sendefläche verschwunden. Die Arbeit auf der Landesebene ist zwar mühsamer als früher, aber es gibt noch viele motivierte Mitwirkende in den Gremien des Landesverbands. Vor allem aber unsere Politik in den Kommunalparlamenten ist wahrnehmbar und wirkungsvoll.

Mit unseren ca. 500 Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen in den Orts- und Verbandsgemeinderäten, in den Stadträten und Kreistagen sowie der Bezirksversammlung der Pfalz gelingt es uns, für unsere Grüne Politik kraftvoll zu werben. Wir Grünen kämpfen vor Ort für eine bessere lokale Umwelt- und Klimapolitik.

Die Vernetzung mit den anderen „außerparlamentarischen“ arbeitenden Gruppen, nämlich u.a. den Umweltverbänden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Flüchtlingshilfsgruppen – auch begleitet durch die Heinrich-Böll-Stiftung – hat wieder einen hohen Stellenwert in unserer Partei und sollte auf allen Ebenen weiter intensiviert werden.

Ich nenne hier nur beispielhaft die Zusammenarbeit der Mainzer Grünen mit den Initiativen gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks, die Zusammenarbeit im Mittelrheintal gegen eine Brücke oder einen Tunnel nahe der Loreley. Hinzu kommt, daß momentan intensiv die Debatte um Schulformen und Schulstandorte geführt wird. Hierbei haben wir als Kommunalpolitiker, ich selbst bin im Kreistag aktiv, einen großen Einfluß darauf, vor Ort in den Kommunen den Ausbau der integrativen Schulsysteme zu fördern.

Zudem wird die kommende Kommunalwahl – wie ich es bereits in der Einleitung formuliert habe – sehr wichtig im Hinblick auf die Landtagswahl im Frühjahr 2011 sein. Wenn wir nicht oder nur schlecht in der Breite aufgestellt sind, werden wir Schwierigkeiten haben, mit unseren Themen und Konzepten zu den Bürgerinnen und Bürgern durchzudringen.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2009 erneuere ich mein Angebot an Euch, Euch umfassend bei der Vorbereitung der Wahl sowie beim Kommunalwahlkampf selbst bzw. durch meine Mitarbeiter zu unterstützen.

Ich liste einmal einige mögliche Hilfen auf:

- Vom 3. bis 6. Dezember 2008 habe ich die Wahlkampfverantwortlichen der Kreisverbände zu einer Berlinfahrt eingeladen, die zur Vorbereitung und Einstimmung auf die Kommunalwahl dient. Diese Fahrt ist eng zwischen mir und dem Landesvorstand abgestimmt.
- Bei inhaltlichen Anfragen und bei der Besorgung von Informationen, z.B. aus der Bundestagsfraktion biete ich Euch meine Unterstützung an. Dabei helfen meine MitarbeiterInnen und ich Euch auch gerne bei der Erstellung von Anfragen und Anträgen für Eure Kommunalparlamente.
- Selbstverständlich beraten und unterstützen wir Euch auch bei Anfragen organisatorischer Art.
- Ich komme gerne für Veranstaltungen in Euren Kreis- oder Ortsverband. Zusätzlich helfen meine MitarbeiterInnen und ich Euch bei der Vor- und Nachbereitung von Terminen.
- Eine Veranstaltung steht und fällt zumeist mit den ReferentInnen. Gerne kann ich bei der Besorgung von ReferentInnen helfen, aus der Bundestagsfraktion aber auch darüber hinaus.
- Auch wenn ihr Unterstützung bei der Pressearbeit vor Ort braucht, unterstützen Euch meine Mitarbeiter und ich gerne.
- Bei der Aufstellung der Wahllisten für die Kommunalwahl können wir sowohl organisatorische als auch personelle Hilfe anbieten (Sitzungsleitung, Vorbereitung der Formulare etc.).

im Team: meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ein Abgeordneter ist auf die intensive Begleitung und Vorbereitung seiner Arbeit durch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Ich lege großen Wert auf ein angenehmes Betriebsklima und einen respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander – auch und gerade in stressigen Situationen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch ein gefestigtes Team von Mitarbeitern, die sowohl mich, aber auch die rheinland-pfälzischen Bedürfnisse und Erfordernisse kennen und entsprechende Erfahrung haben.

Bei einer Klausurtagung in Bad Ems haben wir uns in diesem Sommer auf das Superwahljahr 2009 eingestimmt und haben neue Ideen und Projekte besprochen.

Hier noch mal in Kürze mein Team:

Seit meiner Wahl in den Bundestag 2002 ist Euer erster Ansprechpartner in meinem Berliner Büro mein Büroleiter Jens Kober aus Speyer. Die inhaltliche Unterstützung meiner Arbeit im Innen- und Petitionsausschuß – insbesondere im Bereich Flüchtlingsrecht und Integration - leistet seit dieser Zeit Jutta Graf aus Koblenz.

Uns unterstützt seit 2003 als studentischer Mitarbeiter Patrick Hand aus Arzbach im Westerwald, der seinem Erststudium der Politologie nun noch ein Aufbaustudium folgen läßt und uns erstmal erhalten bleibt.

Nach der Bundestagswahl 2006 habe ich erst als Elternzeitvertretung für Jens und dann dauerhaft Hanna Messinger (geboren in Mainz – allerdings nicht am Rosenmontag) als wissenschaftliche Mitarbeiterin (u.a. für Kirchenpolitik) gewinnen können.

Einen Wechsel hat es in meinem Wahlkreisbüro in Koblenz gegeben. Giuseppe Lipani (Wahlmainzer) ersetzt seit der Bundestagswahl Martin Groger als Koordinator meiner rheinland-pfälzischen Aktivitäten.

Eine kleine Dependance gibt es ebenfalls seit letztem Jahr in Landau, wo mich Hans-Jürgen Büssow bei meinen Vor-Ort-Terminen in der Pfalz unterstützt und als Ansprechpartner für die regionalen Kreisverbände zur Verfügung steht.

Christian Beck aus Mainz, der einige Jahre in meinem Büro als studentischer Mitarbeiter tätig war, hatte einige Semester in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi an der Jawaharlal-Nehru-Universität verbracht und ist inzwischen wieder in Berlin zurück und setzt seine Studien nun in Berlin fort.

unterwegs: in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen meiner Sommer-Tour, bei der ich bei 15 Kreisverbänden zu Gast war, konnte ich an vielen Orten feststellen, wo der Schuh drückt und wofür sich unsere engagierten Kommunalis einsetzen. Die Sommer-Tour hat mir noch einmal klar aufgezeigt, daß die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gerade auf der kommunalen Ebene eine große Anstrengung erfordert. In den Städten und Gemeinden treffen die unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen aufeinander, genau hier muß die Integrationsarbeit ansetzen. In den Gesprächen mit Kommunalpolitikern, Ausländerbeiräten und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Migrationsdiensten konnte ich nochmals erfahren, welche konkreten Probleme vor Ort auftreten.

Immer wieder wurde bei dieser Sommer-Tour auch das Thema Verkehr angeschnitten. Es kann nicht sein, daß in den Kommunen immer mehr für den Ausbau des Individualverkehrs auf Kosten des ÖPNV getan wird. Ein verstärkter Individualverkehr in den Kommunen stellt eine Belastung für die Lebensqualität der Menschen vor Ort dar: mehr Lärm, mehr gesundheitliche Beeinträchtigung durch Feinstaub und andere Belastungen, ganz zu schweigen von den Konsequenzen für das Klima.

Neben der Sommer-Tour habe ich auch in diesem Berichtszeitraum an vielen Veranstaltungen von grünen und Nicht-grünen Institutionen mitgewirkt. Von April bis Oktober 2008 habe ich über 60 Termine in Rheinland-Pfalz wahrgenommen. Dazu gehörten zum Beispiel die Teilnahme an Mitgliederversammlungen der Kreis- und Ortsverbände, Firmenbesuche, Treffen mit Verbänden und Organisationen aus allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen, Termine des Landesverbands und der Landesarbeitsgemeinschaften, Podiumsdiskussionen, u.v.m.

Auf die Publikation aller Termine habe ich verzichtet, bei Bedarf kann ich Euch diese gerne zur Verfügung stellen. Zu vielen Terminen könnt ihr auf meiner Homepage auch eigene Berichte oder Presseartikel finden.

Eine ganze Landtagsfraktion kann man zwar nicht kompensieren, aber immerhin ist es mir doch möglich gewesen, die Anzahl von Terminen in RLP durch die Organisation von regelmäßigen Touren durch mehrere Kreis- und Ortsverbände - die mein Büro in Koblenz vorbereitet - deutlich zu erhöhen. Da ich ja ohne Führerschein durchs Leben gehe und der ÖPNV in RLP immer noch chronisch unterentwickelt ist, ist das Bündeln von Terminen in Touren für mich die beste Variante, um auch als Abgeordneter in der Fläche präsent sein zu können, unnötige Fahrten soweit wie möglich zu reduzieren und keine „weißen Flecken“ auf der Landkarte zu lassen. Andere Termine finden natürlich darüber hinaus auch noch einen Platz im Terminkalender, so oft es geht.

aktiv: im Parteirat

Im Berichtszeitraum hat der Parteirat vier Mal getagt, am 16. Mai, am 14. Juni, am 6. September und am 25. Oktober 2008, ich war stets anwesend.

Bereits in meinem Parteirats-Rechenschaftsbericht, den Ihr in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres von der Landesgeschäftsstelle erhalten habt und den Ihr im internen Bereich der Internetseite des Landesverbands herunterladen könnt, habe ich das Fazit gezogen, daß die Arbeit des Parteirats kontinuierlich besser geworden ist. Gerade die letzte Sitzung Ende Oktober, in der über die Wahlkampagne für die Kommunalwahl 2009 beraten und entschieden wurde, hat gezeigt, daß der Parteirat ein wichtiges Gremium zur Beratung des Landesvorstands geworden ist. Bei der Beratung der Wahlkampagne hat der Parteirat immer den Fokus darauf gerichtet, daß die Interessen der Kreis- und Ortsverbände im Mittelpunkt stehen.

Auch bei der Entscheidung über die politischen Themen für das zweite Halbjahr 2008 war der Parteirat beteiligt. Bei solchen Beratungen ist meines Erachtens die heterogene Zusammensetzung sehr vorteilhaft. Diese verhindert nämlich eine einseitige und eindimensionale Herangehensweise an Themen und Fragestellungen und führt zu Debatten und Beschlüssen, die die Vielfalt unserer Landespartei widerspiegeln.

Ich selbst habe den Beratungsprozeß konstruktiv begleitet. Für die LAGen Migration und Flucht, Lesben- und Schwulenpolitik und ChristInnen habe ich als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden, soweit möglich auch an den Sitzungen teilgenommen. Gemeinsam mit der LAG Lesben und Schwulenpolitik habe ich einen Antrag formuliert, in dem wir die Landesregierung auffordern, die Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Rheinland-Pfalz voranzutreiben und der passend zur sommerlichen „CSD-Saison“ den unglaublichen Kurs der Regierung Beck in diesem Politikfeld benannt. Der Antrag wurde angenommen.

Bei der Arbeit des Parteirates kristallisiert sich immer stärker heraus, daß dessen Hauptfunktion darin liegt, den Landesvorstand konstruktiv und kritisch zu beraten und eigene Inhalte zu thematisieren, ohne daß diese dann auch vom Parteirat selbst erarbeitet werden müssen. Denn es hat sich gezeigt, daß diese Aufgabe vor allem, aber nicht ausschließlich, den Landesarbeitsgemeinschaften vorbehalten ist. Diese Art der Arbeitsaufteilung macht auch Sinn, denn in den LAGen ist das Know-How vorhanden, um Anträge vorzubereiten. Daher habe ich gemeinsam mit anderen und mit tatkräftiger Unterstützung insbesondere meines Mitarbeiters Giuseppe Lipani meine politischen Initiativen über die Arbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften vorgebracht. Bei dieser LDV sind dies die vorgelegten Anträge zu Bürgerrechten und zur Flüchtlingspolitik.

noch etwas Persönliches: in Zukunft zu Gast im Parteirat

Ich gehöre dem Parteirat seit 2001 an. Bei dieser Wahl werde ich nicht wieder für den Parteirat antreten. Damals bin ich zunächst als Vertreter der Basis gewählt worden. Kurz darauf wurde ich von Euch für den Bundestag nominiert, dem ich jetzt seit sechs Jahren angehöre. Schon beim letzten Mal fand ich es bedauerlich, daß so viele engagierte Bewerber (Bewerberinnen gab es ja nicht so viele) keinen Platz im Parteirat finden konnten, weil schlicht und einfach alle anderen weitermachen wollten. Ich hatte mich damals aber verpflichtet gefühlt, nach dem plötzlichen Absturz aus dem Landtag in die APO in diesem Gremium weiter mitzuarbeiten.

Inzwischen bin ich aber zu der Überzeugung gekommen, daß ich auch als Gast bei den Parteiratssitzungen meiner Pflicht als Bundestagsabgeordneter, mich stets mit der Partei rückzukoppeln, gerecht werden kann. Ich werde auch den neu zu wählenden Landesvorstand sowie den Parteirat konstruktiv und mit der notwendigen Portion Humor auf dem Weg zurück in den Landtag begleiten.

Ich trete im nächsten Jahr noch mal für den Bundestag an und hoffe auch in den nächsten Jahren unseren Landesverband in Berlin vertreten zu können. Im Super-Wahljahr 2009 mit Kommunal-, Europa und Bundestagswahl gilt es, die Weichen für die erfolgreiche Rückkehr in den Landtag zu stellen. Dabei möchte ich mit meiner Erfahrung und mit vollem Einsatz von mir und meinen ebenfalls sehr erfahrenen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitwirken.

Kampf: gegen eine feste Rheinquerung

Seit vielen Jahren kämpfe ich gemeinsam mit anderen gegen die Pläne der Landesregierung, innerhalb des Weltkulturerbes Oberes Mittelrheintal eine Brücke zu bauen. Das Thema hat in den letzten Monaten einigen neuen Schwung erhalten, weil es zuletzt gelungen ist, die Gefahren einer festen Rheinquerung in der Öffentlichkeit zu etablieren. Auch in unserem Landesverband hat der Kampf gegen eine Brücke oder einen Tunnel neuen Schwung erhalten und eine Vielzahl von Initiativen in Gang gesetzt.

Ein erstes Highlight war dabei der Aktionstag der Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr am 16. August dieses Jahres in St. Goar und in St. Goarshausen. Dabei ist es gelungen, erstens eine sehr große landesweite Medienresonanz zu generieren, u.a. als Hauptmeldung in den SWR-Nachrichten gesendet zu werden. Zweitens haben wir Personen angesprochen und eingebunden, die nicht originär Grüne sind. Dazu zählen zum Beispiel diverse Initiativen und Verbände, die Fährbetreiber oder auch Kommunalpolitiker anderer Parteien, die konträr zu den Zielen ihrer Parteien eine feste Rheinquerung ebenso ablehnen wie wir. Drittens haben wir durch den Aktionstag eine erste lose Form der Zusammenarbeit gefunden, mit denen die verschiedenen Akteure eingebunden werden können. An der Vorbereitung und Planung waren maßgeblich Eveline Lemke für den Landesvorstand und die LAGen für Verkehr sowie Kultur und Medien beteiligt.

Ein weiterer Schritt gegen eine feste Rheinquerung, dieses Mal innerhalb unseres Landesverbands, stellt der gemeinsame Antrag der Landesarbeitsgemeinschaften Verkehr, Kultur und Medien und von mir auf dieser LDV dar.

Für die kommenden Wochen und Monate wird es wichtig sein, die Arbeit auf feste Füße zu stellen, d.h. sie institutionell abzusichern. Daher plane ich gerade, für die kommenden Monate – die bei der Entscheidung der UNESCO entscheidend sein werden – eine befristete Projektstelle einzurichten, die federführend das Projekt „Rheinquerung verhindern“ und „kostenloser 24-Stunden-Fährbetrieb - sofort!“ bearbeitet und den verschiedenen genannten Akteurinnen und Akteuren Hilfestellung leistet.

konkret: für eine bessere Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz

Auch wenn die rheinland-pfälzische Landesregierung sicher nicht die bundesweit rigideste Flüchtlings- und Integrationspolitik betreibt, gilt es dennoch, die Finger in die vorhandenen Wunden zu legen.

Im Rahmen meiner Sommer-Tour und darüber hinaus habe ich wieder viele Termine mit Initiativen und Verbänden aus der Integrations- und Flüchtlingsarbeit wahrgenommen, bei denen mir über die Situation in Rheinland-Pfalz berichtet wurde.

Was die Flüchtlingspolitik betrifft, haben die Gespräche meinen Eindruck bestätigt, daß sowohl das Ausreisezentrum in Trier als auch das Abschiebegefängnis in Ingelheim lediglich dem Ziel dienen, immensen Druck auf die Flüchtlinge auszuüben und dadurch ihre „freiwillige“ Ausreise zu erreichen.

Dies ist ein humanitärer Skandal und wir rheinland-pfälzischen Grünen können und wollen dies so nicht hinnehmen. Daher habe ich gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaft Migration einen Antrag für diese LDV vorbereitet, in dem wir die Schließung des Abschiebegefängnis in Ingelheim fordern. Die Landesregierung ist gesetzlich nicht verpflichtet, diese Einrichtungen vorzuhalten, sie tut es aus freien Stücken, was ich auch immer wieder anprangern werde.

Der Besuch der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier in der vergangenen Woche hat mich darin bestärkt, weiterhin die Schließung des Ausreisezentrums zu fordern. Denn auch die Institution in Trier beabsichtigt vor allem, die Flüchtlinge müde zu machen und zum Ausreisen zu bewegen, unabhängig davon, wie die Menschenrechtssituation in ihrem Herkunftsland aussieht.

Steinbruch: Bürgerrechte im Innenausschuß

Die Wahrung der Bürgerrechte steht im Zentrum grüner Politik und meiner Arbeit im Innenausschuß. Sicherheit ist zwar eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freizügige Gesellschaft. Die Schaffung vermeintlicher Sicherheit durch den immer stärkeren Abbau von BürgerInnen- und Freiheitsrechten lehne ich aber ab. Für mich bedeutet innere Sicherheit, Menschenleben zu schützen und dabei die Grundrechte zu bewahren.

Schäubles Traum wird immer mehr Realität: Die große Koalition hatte sich auf eine Änderung des Grundgesetzes geeinigt, um die Bundeswehr mit ihren militärischen Mitteln im Innern einsetzen zu können. Das folgte der verqueren Ansicht des Ministers, daß innere und äußere Sicherheit verschmelzen und im Zeitalter der asymmetrischen Bedrohung Krieg und Frieden nicht mehr klar zu trennen wären. In der SPD-Fraktion gab es immerhin für diesen Beschluß erstmal keine Mehrheit. Aber Fakt ist, die Koalitionsrunde aus CDU/CSU und SPD hatte sich zunächst darauf geeinigt. Ein wirklicher Skandal!

Die Koalitionslogik ist falsch: Terrorabwehr ist keine Landesverteidigung im Krieg, sie ist Aufgabe der Polizei und nicht der Bundeswehr. Den Abschuß von Passagiermaschinen wird aber auch die geplante Grundgesetzänderung nicht ermöglichen, denke ich. Ich habe übrigens als einziger Innenpolitiker der Grünen in der Fraktion gegen das später verworfene sogenannte Luftsicherheitsgesetz gestimmt. Jetzt bleibt nur zu hoffen, daß die SPD bis zur Bundestagswahl ihren Widerstand aufrechterhalten kann. Sonst spielt sie den willigen Türöffner zu einem gravierenden Umbau unserer Sicherheitsarchitektur. Dies wäre dumm und verantwortungslos. Die Pläne der Bundesregierung werden nicht zu mehr Sicherheit führen, dafür aber zu weitaus weniger Freiheit.

An einem anderen Punkt hat der Innenminister schon seinen Willen durchgesetzt, beim BKA-Gesetz. Es ist der nächste Schritt auf einem falschen Weg, der nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Überwachung führt. Das Gesetz ist eine lange Giftliste von Eingriffen in die Grundrechte. Das BKA erhält zur präventiven Gefahrenabwehr alles, was es im deutschen Polizeirecht bisher für einzelne Länderpolizeien gibt oder gab. Rasterfahndung, Lauschangriff außerhalb und innerhalb der Wohnung, Videoüberwachung selbst in den Wohnräumen Dritter, Online-Durchsuchung und Telekommunikationsüberwachung aller möglicher Unbeteiligter.

Es gilt nicht mehr, daß Polizei Ländersache ist. Am Ende steht ein deutsches FBI, sowohl mit geheimdienstlichen Mitteln, wie auch mit exekutiven Eingriffsrechten ausgestattet: allmächtig, allgegenwärtig, allzuständig. Dies ist auch vor dem Hintergrund unserer deutschen Vergangenheit geschichtslos und gefährlich. Dieser Kahlschlag bei den Grundrechten und der bewährten föderalen und institutionellen Einbindung des BKA muß verhindert werden.

Sicherheit wäre ganz woanders von Nöten, beim Datenschutz. Die Datenschutzskandale allein in diesem Jahr sind skandalös. Lidl überwacht MitarbeiterInnen auf dem Klo, Die Telekom läßt sich 17 Millionen Daten klauen und erstattet nicht einmal Anzeige. Geschweige denn, daß sie die Betroffenen informiert. Und jetzt immer neue Fälle von Datenklau und Datenkauf im großen Maßstab.

Deshalb fordern wir Grüne die Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz, damit sowohl dem Staat als auch der privaten Wirtschaft unmißverständlich deutlich wird, daß Datenschutz ein Grundrecht von hoher Bedeutung ist. Datenhandel muß grundsätzlich verboten werden. Wir brauchen effektive Sanktionen. Auch Unternehmen, ganz gleich ob Zeitschriftenverlage, Vermieter oder öffentliche Stellen, müssen künftig für den Schaden haftbar gemacht werden. Dafür lohnt es sich gemeinsam zu kämpfen.

Zu dem Bereich der Bürgerrechte gehört für mich auch immer und untrennbar der Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir Grüne treten selbstbewußt gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Dieses Engagement war für uns nie ein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und des Respekts, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Der Staat muß rechtsextremistische Propaganda konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden.

Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die über die Verbrechen der Nazizeit aufklärt und Lehren zieht. Einen Schlußstrich gibt es für uns nicht. Historische und politische Bildung an den Schulen muß durch Menschenrechtsbildung ergänzt werden, die demokratische Werte frühzeitig vermittelt.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Deshalb stärken wir zivilgesellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Dafür muß der Staat aber auch verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen gewährleisten. Natürlich gilt dies gleichermaßen für eine konkrete historische Aufarbeitung der SED-Diktatur, aber eben nicht im Sinne der absurden Debatte: Wir müssen alles gleich schlimm finden und alles über einen Kamm scheren.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen Platz haben. Das ist wichtig und nicht nur Rhetorik. Denn darin liegen Chancen, besonders für ein Land wie Rheinland-Pfalz, das vom demografischen Wandel besonders stark betroffen ist. Denn auch gezielte und punktgenau gesteuerte Zuwanderung wird in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unseres und Eures Landes beitragen müssen.

weltoffen und human: Grüne Migrationspolitik

Grüne Weltoffenheit, unser konsequentes Festhalten am internationalen Menschenrechts- und Flüchtlingsschutz und unsere Wertschätzung für die Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft - das sind seit jeher die drei Säulen grüner Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Daher habe ich gemeinsam mit anderen in unserer Fraktion in dieser Wahlperiode erneut eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen in diesem Politikbereich ergriffen.

Unter Rot-Grün hatten wir Grünen – nach zähem Ringen – zahlreiche, überfällige Reformen der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik auf den Weg gebracht – auch wenn durch den in Permanenz tagenden Vermittlungsausschuß in der letzten Wahlperiode einiges wieder relativiert werden mußte.

Wir haben eine Zeitenwende im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ermöglicht. Und mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir einen Einstieg in eine Einwanderungsgesellschaft geschaffen, den Flüchtlingsschutz in Deutschland erweitert und einen grundlegenden Neuanfang in der Integrationspolitik begonnen. Diesen politischen Ansatz setze ich auch in der Opposition fort.

Und wo andere wolkige Reden halten, machen wir Grünen konkrete und realitätstüchtige Vorschläge:

1. Zur Modernisierung der deutschen Einwanderungspolitik fordere ich die Erleichterung des Zuzugs von Hochqualifizierten und mache Vorschläge zur Abwehr von diskriminierenden Restriktionen im Aufenthaltsrecht. Der Familienzusammenhalt auch von Migrantenfamilien muß besser gewahrt werden, die Opfer von Zwangsverheiratung sollten besser geschützt werden, die Integrationskurse sollten qualitativ deutlich verbessert werden – anstatt hier mit Sanktionen und Bußgeldern zu agieren. Die Aufenthaltsverfestigung und damit die Integrationsmöglichkeiten von MigrantInnen sollten nicht noch weiter erschwert werden.

2. Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist nach wie vor katastrophal. Durch eine große Anfrage versuchen wir Licht in diesen vergessenen Bereich zu bringen.

3. Seit vielen Jahren ertrinken, verhungern oder verdursten tausende Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche elendig bei dem Versuch, mit seeuntüchtigen Booten nach Europa zu gelangen. Aus den Antworten der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage geht hervor, daß die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX ganz offensichtlich nicht bereit ist, die erforderlichen Daten über operative Einsätze an den Seegrenzen so zu erheben, daß sie aussagekräftig sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine umfassende Dokumentation der Frontex-Operationen einzusetzen.

Außerdem muß FRONTEX sowohl gegenüber den nationalen Parlamenten als auch gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein.

4. Zur Liberalisierung des Einbürgerungsrechts reicht kein: "Ihr seid willkommen!" Mit diesen Worten hat die Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, versucht, in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten dazu zu ermuntern, Deutsche zu werden. Dabei verhält Frau Böhmer sich scheinheilig. Sie benimmt sich wie jemand, der erst alle Brücken über einen Fluß in die Luft sprengt und dann bedauert, daß so wenige Menschen hinüberschwimmen können.

Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Sie sind im letzten Jahr noch einmal um ca. zehn Prozent gesunken. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Das ist auch eine Folge des völlig zerrütteten Verhältnisses zwischen Frau Böhmer und den MigrantInnenverbänden in Deutschland. Und schließlich sind diese Zahlen Ausdruck verlorenen Vertrauens derjenigen Menschen, die in Deutschland seit vielen Jahren leben, die die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen – die aber diesen – von uns Grünen erwünschten Schritt – nicht gehen wollen, nämlich die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Um dies zu ändern, helfen keine warmen Worte seitens der Integrationsbeauftragten. Die bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten wollen Taten sehen – und dies zu Recht. Ich habe hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die Reformvorschläge liegen also auf dem Tisch. Aber, was tut die Bundesregierung?

Sie hat – allen Krokodilstränen zum trotz - im letzten Jahr die Einbürgerungsmöglichkeiten gerade für junge Migrantinnen und Migranten verschärft. Und sie hält an dem fatalen, staatsangehörigkeitsrechtlichen Optionsmodell fest – also dem Zwang für in Deutschland geborene junge Erwachsene, die ihr ganzes bisheriges Leben den deutschen und einen anderen Paß besessen haben, sich bis zum 23. Lebensjahr zwischen dem deutschen und dem Paß ihrer Eltern entscheiden zu müssen. Praktisch alle Sachverständigen hatten in der Innenausschußanhörung zu unserem Gesetzentwurf dafür plädiert, diesen Optionszwang abzuschaffen – aber die große Koalition blockiert dies.

5. Zur Erweiterung der politischen Teilhabemöglichkeiten fordere ich gemeinsam mit vielen anderen das kommunale Wahlrecht für Ausländer.

Die Politik der großen Koalition ist in diesen Fragen extrem widersprüchlich: Auf der einen Seite tut sie so, als hätte sie das Thema „Integration“ neu erfunden. Gleichzeitig aber hat sie die Haushaltsmittel für die Integrationskurse erheblich gekürzt, den Ehegattennachzug drastisch verschärft und es abgelehnt, den aufenthaltsrechtlichen Schutz für Frauen zu verbessern, die von Zwangsehen bedroht oder betroffen sind.

Ich sehe es als meine Aufgabe, die Regierung in all ihrer Widersprüchlichkeit zu stellen. Dem fühle ich mich als Sprecher für Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik der grünen Bundestagsfraktion in meiner Arbeit verpflichtet.

direkter Draht: Petitionen

Ein Thema, das wir im Moment im Petitionsausschuß beraten und das mir besonders am Herzen liegt, betrifft ehemalige Heimkinder. In kirchlichen und staatlichen Heimen der 50er und 60er Jahre herrschten teilweise katastrophale Zustände. Besonders in den sogenannten Fürsorgeheimen hat es systematische Mißhandlungen von Kindern und Jugendlichen gegeben. Heimzöglinge wurden teilweise zu schweren Arbeiten herangezogen und der Zugang zu Bildung wurde ihnen verwehrt. Ich habe mich als Berichterstatter im Petitionsausschuß für diese Menschen stark gemacht und für die Grüne Fraktion federführend das Eckpunktepapier "Gerechtigkeit für Heimkinder" erarbeitet, das die interfraktionelle Diskussion über die Petition in eine neue Dynamik versetzt hat. Das Erfahrene wiegt für die Betroffenen schwer. Das wurde bei einer Anhörung des Petitionsausschusses deutlich, in der ehemalige Heimkinder berichteten. Viele leiden bis heute unter den Geschehnissen. Für sie bedeutet der Heimaufenthalt eine schwere Hypothek für ihr Leben. Einige von ihnen haben sich in Vereinen zusammengeschlossen, um eine Aufarbeitung ihrer Geschichte voranzubringen.

Wir sind der Auffassung, daß die Aufarbeitung der beschriebenen Mißstände eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist. Wir sehen Bund und Länder sowie die kirchlichen und anderen Träger von Heimen in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Ich gehe fest davon aus, daß wir in Kürze die Beratung der Petitionen abschließen können und werden. Wenn es uns dann tatsächlich gelingt, wie geplant einen einstimmigen Beschluß von Petitionsausschuß und Bundestag zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Prüfung von Entschädigungsmöglichkeiten und zur Intensivierung der historischen Aufarbeitung sowie der Anerkennung und des tiefen Bedauerns über erlittenes Unrecht hinzubekommen, knallen in meinem Büro sicherlich die Sektkorken und meine Mitarbeiterin Jutta Graf, die Mitarbeiter im Petitionsreferat der Bundestagsfraktion Oliver Feldhaus und Barbara Grigoteit sowie ich als Obmann der Grünen im Petitionsausschuß können stolz sein auf diesen Erfolg, den es ohne unsere Arbeit nicht in dieser Form gegeben hätte.

Zurzeit gehen eine ganze Menge Petitionen ein, die den Nachzug von ausländischen Staatsbürgern zu in Deutschland lebenden Familienangehörigen, insbesondere zu Ehepartnern betreffen. Inzwischen sind wir im dreistelligen Bereich angekommen. Wenn Petitionen Seismografen für Probleme sind, dann kann man im Moment ganz gewaltige Ausschläge feststellen. Es gibt viele dramatische individuelle Schicksale - oft können Eheleute nicht zusammenziehen - und ich kann nur hoffen, daß wir zumindest im Petitionsausschuß einen Schritt weitergehen und vernünftige Vorschläge erarbeiten können, die wir den Fraktionen und dann auch der Bundesregierung vorlegen können. Das wäre dringend notwendig.

Immer noch sind die Airbase Ramstein und Spangdahlem Gegenstand politischer Kontroversen im Petitionsausschuß. In der Petition einer Bürgerinitiative gegen den Ausbau der US-Airbase Spangdahlem wird im Wesentlichen die Durchsetzung eines Nachtflugverbots gefordert sowie bauliche Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung, wie zum Beispiel die Errichtung von Lärmschutzwänden. Insbesondere ist die Lärmbelastung des in der Nähe des Flugplatzes befindlichen Kindergartens und der Grundschule aufgrund der durch den Fluglärm verursachten permanenten Streßsituation und der Gefahr von Störungen im kindlichen Organismus unverantwortlich. Ferner wird die allgemeine Gesundheitsgefährdung durch die Lärmbeeinträchtigung, die Treibstoffauswirkungen und das Unfallrisiko durch mögliche Abstürze von Militärflugzeugen beanstandet. In einer weiteren Petition, die sich gegen den Ausbau des Flughafens Ramstein richtet, wird insbesondere gefordert, den Ausbau zu stoppen beziehungsweise unter strenge Auflagen zu stellen.

Die Menschen der betroffenen Region leiden nach wie vor unter unerträglichen Belastungen durch die Luftwaffenstützpunkte Ramstein und Spangdahlem. Die Reduzierung der Lärm-, Gesundheits- und Umweltbeeinträchtigungen steht daher auch weiter dringlich auf der Tagesordnung. Die Fraktionen von SPD und CDU/CSU lehnen die angemessene Würdigung der Petitionen hingegen rundweg ab. Nach ihrer Auffassung seien die Interessen der Flugplatzanwohner in mehrfacher Hinsicht in den Abwägungsprozeß eingeflossen und es sei weitgehend versucht worden, den Belangen der Petenten durch Begrenzung der Betriebszeiten sowie auch durch die Verwendung geräuschärmerer Triebwerke entgegen zu kommen. Dies ist eine völlige Verkennung der Realität vor Ort. Die Menschen leiden unter dem Flugbetrieb.

Als Berichterstatter meiner Fraktion für diese Petitionen stehe ich daher uneingeschränkt hinter diesen Petitionen und setze mich nachdrücklich für die Durchsetzung ihrer Forderungen ein.

schweren Gewissens: Afghanistan

Dem Bundestag lag am 16. Oktober dieses Jahres der Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung des ISAF- Einsatzes in Afghanistan“ zur Abstimmung vor. Ich habe mich bei der namentlichen Abstimmung wie bereits vor einem Jahr der Stimme enthalten.

War beim letzten Mal insbesondere die Notwendigkeit der mehrheitlichen Abbildung des Beschlusses der BDK von Göttingen durch die Bundestagsfraktion für mich ausschlaggebend, sind diesmal weitere inhaltliche Aspekte hinzugetreten.

Ich habe nicht mit „Ja“ gestimmt, um zum einen unsere grüne Kritik an der unzureichenden Umsetzung der Vorschläge zum Strategiewechsel und zur Verlagerung der Gewichte vom militärischen hin zum zivilen Teil auszudrücken. Außerdem will ich damit meine Kritik gegen die zunehmende Zahl ziviler Opfer durch militärische Einsätze auch im Rahmen von ISAF klar zum Ausdruck bringen.

Ich habe aber auch nicht mit „Nein“ gestimmt, um klar zu machen, daß ich nicht mit denjenigen übereinstimme, die einen Sofortabzug fordern, die die völkerrechtliche Grundlage des ISAF-Mandates bestreiten und die die unbestreitbaren Fortschritte für weite Teile der afghanischen Zivilbevölkerung, insbesondere aber der Frauen und Mädchen kleinreden oder sogar gänzlich bestreiten.

Somit bin ich der Auffassung unserer Experten in der grünen Bundestagsfraktion Winnie Nachtwei und Jürgen Trittin gefolgt, die uns Abgeordneten vorgeschlagen haben, dem Antrag weder zuzustimmen noch ihn abzulehnen, sondern die uns zur Enthaltung aufgefordert haben.

Ich hoffe, daß unsere sinnvollen und konstruktiven Vorschläge zum Strategiewechsel in Afghanistan nun endlich aufgegriffen werden. Es ist doch erkennbar, daß die Fixierung auf die militärische Komponente und die zu zögerlich angegangene deutliche Verstärkung der zivilen Komponenten auf Dauer zu einem Scheitern des gesamten Afghanistan-Engagements führen werden – zum Schaden der dortigen demokratisch gesinnten Kräfte und zum Nutzen der Taliban und anderer gefährlicher Organisationen.

Darüber hinaus muß der OEF-Einsatz beendet werden. Der Antiterrorkrieg fordert viel zu viele zivile Opfer und gefährdet den Erfolg der ISAF-Mission. Die Stabilisierung und der Staatsaufbau in Afghanistan sind in Gefahr, wenn es nicht einen umfassenden Strategiewechsel gibt. Teil des überfälligen Strategiewechsels ist die Beendigung der aggressiven Antiterroroperationen, die in Afghanistan die Bevölkerung gegen die internationalen Truppen aufbringen und den Rückhalt für ISAF gefährden. Afghanistan braucht ein einheitliches Kommando. ISAF ist für das

ganze Land zuständig, die Notwendigkeit für OEF ist nicht mehr gegeben. Die völkerrechtliche Legitimation für OEF ist mittlerweile mehr als fragwürdig geworden.

Die Bundesregierung darf hier nicht den Konflikt mit den USA scheuen. Sie muß die Beteiligung Deutschlands an OEF beenden. Diese Beteiligung Deutschlands ist ohnehin kaum mehr als symbolisch. Und die Piratenbekämpfung am Horn von Afrika kann nicht mit Antiterrorkampf begründet werden. Dafür benötigt die Bundesregierung ein vollkommen neues Mandat.

Ende 2007 hat der Bundestag das letzte Mal über die deutsche Beteiligung an der US-geführten Operation Enduring Freedom debattiert und abgestimmt. Ich habe den Antrag abgelehnt und werde diesen auch bei der kommenden Abstimmung im November ablehnen.

ethische Fragen: Stammzellen und Patientenverfügungen

Nicht nur in meiner Eigenschaft als kirchenpolitischer Sprecher engagiere ich mich bei ethischen Fragestellungen im Bundestag. Meistens wird hier interfraktionell verhandelt, d.h. Abgeordnete verschiedener Fraktionen finden anhand von Sachfragen zusammen. Bei der Entscheidung zur Stichtagsverschiebung zum Stammzellgesetz war ich Mitunterzeichner eines Antrages, der ein Verbot der embryonalen Stammzellforschung in Deutschland forderte. Außerdem eines Antrags, der forderte, die Stichtagsregelung beizubehalten und den Stichtag nicht zu verschieben. Diesen Antrag hatten vor allem grüne Abgeordnete unterstützt. Wie bekannt ist, haben sich beide Anträge leider nicht durchgesetzt. Auch nach Jahren weltweiter Forschung gibt es keinen Beleg, daß embryonale Stammzellen therapeutisch einsetzbar sind. Im Gegenteil: Sie besitzen ein extremes Tumorrisiko. Das ständige Wiederholen falscher Heilsversprechen weckt unbegründete Hoffnungen bei schwerkranken Menschen. Sinnvoller wäre es, die unterstützenswerte und erfolgsversprechende ethisch unbedenkliche Forschung an adulten Stammzellen weiter zu fördern und auszubauen. Die angeblich einmalige Verschiebung des Stichtags leistet hierzu keinen Beitrag, sondern animiert zum Töten von Embryonen zum potentiellen Nutzen anderer Menschen – für mich nicht zustimmungsfähig.

Ein zweiter wichtiger Bereich, der ethische Fragen betrifft, ist die Patientenverfügung und die Frage nach der gesetzlichen Regelung derselben. Nach monatelangen Verhandlungen gibt es nun einen neuen Gesetzentwurf, der einen wichtigen Kompromiß darstellt. Gemeinsam mit Katrin Göring-Eckardt und Dr. Harald Terpe aus der Grünen Fraktion und Wolfgang Bosbach (CDU), René Röspel (SPD) und Otto Fricke (FDP) haben wir einen Gesetzentwurf erarbeitet, der uns – wie ich denke – auf den richtigen Weg bringt.

Ziel unseres gemeinsamen Gesetzentwurfes ist es, das Selbstbestimmungsrecht und das Patientenwohl auch in Situationen zu stärken, in denen der Patient das Bewußtsein verloren hat und darum keine eigene Entscheidung über die Fortsetzung oder den Abbruch einer medizinischen Behandlung mehr treffen kann. Der Abbruch einer lebenserhaltenden Behandlung kann unabhängig vom Stadium der Erkrankung in einer notariell beurkundeten Patientenverfügung verbindlich angeordnet werden, der eine umfassende ärztliche Beratung vorausgeht. Eine solche Patientenverfügung muß alle fünf Jahre bestätigt werden. Nur zur Klarheit – der Gang zum Notar ist nur erforderlich, wenn jemand verfügen will, daß er lebenserhaltende Maßnahmen auch dann ablehnt, wenn er gar nicht tödlich erkrankt ist. In allen anderen Fällen ist der Notar entbehrlich.

In einer einfachen Patientenverfügung (ohne vorherige Beratung und Beurkundung) kann man uneingeschränkt alles regeln, allerdings ist die Anordnung eines Behandlungsabbruchs nur verbindlich, wenn eine unheilbare, tödlich verlaufende Krankheit oder ein Fall endgültigen Bewußtseinsverlusts vorliegt.

Anders als der vor der Sommerpause von einer anderen Gruppe von Abgeordneten im Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf, der sogenannte Stünker-Entwurf, lehnt dieser Entwurf eine Pflicht zum Abbruch lebenserhaltender Behandlungen unabhängig vom Stadium einer Erkrankung ab, wenn der Patientenverfügung keine ärztliche Beratung vorausgeht. Der Gesetzentwurf wird im November in den Bundestag eingebracht werden.

wichtiger als gedacht: Kirchenpolitik

Die Kirchenpolitik als mein sozusagen zweites Sprecherstandbein ist ein besonderes Arbeitsfeld. Hier arbeitet man wenig mit Pressemitteilungen, Anfragen oder den sonst üblichen Mitteln eines Parlamentariers. Mittel ist hier vor allem das Gespräch – und hier passiert viel. Mittlerweile gute Tradition sind die Spitzengespräche zwischen den Grünen und den beiden großen Kirchen. Hier wird auch Kritisches offen angesprochen. Desweiteren bestehen natürlich intensive Kontakte zu den Laienverbänden der Kirchen auf Bundesebene.

Was mich in diesem Jahr besonders gefreut hat, war die Resonanz auf den grünen Empfang auf dem Katholikentag. Abgesehen vom wirklich regen Zulauf – der große Raum war sichtlich überfüllt – war es uns eine besondere Freude, als Festredner den neuen Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch zu empfangen. Diese guten Kontakte hindern mich aber überhaupt nicht, mich kritisch zu äußern, wenn es erforderlich ist. So habe ich den Kollegen Volker Beck wiederholt unterstützt, wenn er die Intoleranz gegenüber Schwulen und Lesben – sei es bei Kardinal Meisner oder beim evangelischen „Christival“ angeprangert hat. Die Mitarbeit im Zentralkomitee der Katholiken, also der Organisation der katholischen Laien, bei dem ich in den Ausschuß für politische und ethische Grundsatzfragen berufen wurde, macht es mir möglich, grüne Positionen immer wieder persönlich mit den führenden Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Laienbewegung zu diskutieren, die ja häufig auch in ziemlichen Abstand zu den Verlautbarungen aus Rom stehen. Ich wurde für die nächste Wahlperiode von einigen Verbänden und Personen, u.a. dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), für die Wahl ins ZdK vorgeschlagen, die in einigen Tagen stattfinden wird. Selbst wenn es mit der Wahl nichts werden würde – Christa Nickels wurde ja auch erst im dritten Anlauf gewählt – ist dies für mich eine Bestätigung meiner Arbeit für die Fraktion in diesem nicht immer einfachen politischen Bereich.

Auch zu den jüdischen Religionsgemeinschaften in Deutschland pflege ich intensive Beziehungen. Unter anderem setze ich mich jedes Jahr aufs Neue dafür ein, daß das Abraham-Geiger-Kolleg – das ist die erste Ausbildungsstätte für Rabbiner in Deutschland seit 1942 – seine Finanzierung weiterhin gesichert bekommt. Es ist ohnehin unfaßbar, daß hierfür Intervention vonnöten ist, aber leider droht auch diese so immens wichtige Institution in den Finanzierungskämpfen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen dem Zentralrat der Juden und der Union Progressiven Judentums unterzugehen.

Das dritte wichtige Feld, das wir im Bundestag beackern, ist die rechtliche Gleichstellung des Islam. Nachdem wir im letzten Jahr ein sehr interessantes Fachgespräch darüber abgehalten haben, werden wir in der Fraktion bald ein Konzept dafür vorlegen.

kritische Fragen: Vorsitzender einer Parlamentariergruppe

Als Vorsitzender der deutsch-indischen Parlamentariergruppe beschäftige ich mich intensiv mit den Beziehungen zwischen Deutschland und Indien. Dies bedeutet unter anderem, hier Ansprechpartner für Gäste aus Indien zu sein. Es kommen zahlreiche Parlamentarier, Journalisten und NGO-Vertreter nach Deutschland, um Land und Politik besser kennenzulernen und sich über eine breite Palette an Themen auszutauschen.

Ich nutze meine Position, um auch kritische Dinge zu hinterfragen und anzusprechen. Im September war die indische Botschafterin auf meine Einladung hin im Bundestag zu Gast, um sich der Diskussion über den Nukleardeal zwischen der indischen Regierung und der US-amerikanischen Regierung zu stellen. Ein weiteres, sehr aktuelles Thema, ist der Schutz der Minderheiten in Indien. Was mich hier vor allem umtreibt, sind eine Reihe von Vorkommnissen im indischen Bundesstaat Orissa, die in Deutschland nur vereinzelt zur Kenntnis genommen worden sind. Seit August dieses Jahres werden systematisch Christen verfolgt. Man kann hier von pogromartigen Zuständen sprechen, ca. 15.000 Menschen mußten in Flüchtlingslagern Schutz suchen, es sind mehrere Dutzend Menschen gestorben, Kirchen und Privathäuser wurden zerstört.

Auch hier bin ich aktiv, habe schon mehrfach das Gespräch mit der indischen Botschafterin gesucht. Auch habe ich mich deshalb an den indischen Premierminister und den Premierminister von Orissa gewandt. Um auch bei der Bundesregierung für mehr Aufmerksamkeit für dieses Problem zu sorgen, habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Volker Beck eine kleine Anfrage an die Bundesregierung formuliert.

Ein weiteres großes Problem ist der Umgang in Indien mit den sogenannten Adhivasis und Tribals - also vereinfacht gesagt mit den indischen Ureinwohnern. Hierzu gab es eine Reihe von Gesprächen mit NGOs und daraus resultierend intensive Debatten im Menschenrechtsausschuß des Bundestages, an denen ich beteiligt war.

Man sieht also, das Amt des Vorsitzenden der deutsch-indischen Parlamentariergruppe bedeutet nicht nur das Privileg, nach Indien reisen zu dürfen und hier in Berlin indische Würdenträger zu empfangen, sondern auch das Privileg, sich einmischen zu können.

nicht nur Politik : Kulturinitiative

Last but not least engagiere ich mich in Berlin am Rande der Sitzungswochen auch kulturell. Zu diesem Zwecke habe ich mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen die überfraktionelle Kulturinitiative des Deutschen Bundestages gegründet. In regelmäßigen Abständen präsentiert einer der Abgeordneten in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin ein Kunst- bzw. Kleinkunsthight. Zu Gast war bereits unter anderem Ulrich Matthes, der Star am deutschen Theater, und nächstes Jahr wird uns unter anderem Wladimir Kaminer beehren. Aber auch die Mitglieder der Kulturinitiative lassen sich kulturell nicht lumpen und tragen an jedem dieser Abende selbst kurz etwas vor, von Gesangseinlagen über Gedichte bis zu kleinen Kabarettnummern ist alles dabei.